

II-4225 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 216213

1988-05-20

A N F R A G E

der Abgeordneten EIGRUBER, Dr. KRÜNES, DR. OFNER, HAIGERMOSER  
an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten  
betreffend Eigenregiearbeiten der öffentlichen Hand

Die von der Managementberatung Dr. Francois Jenewein im Auftrag der Bundeskammer erarbeitete Studie ortet im Bereich der Eigenregiearbeiten der öffentlichen Hand beträchtliches Einsparungspotential. In Eigenregie durchgeführte Bauprojekte seien um 30 - 65 % teurer als gleichwertige, aber privatwirtschaftlich erbrachte Leistungen. Bei Bahn und Post seien sogar Mehrkosten von bis zu 200 % registriert worden. Hauptbetroffener der Eigenregiearbeiten ist die Bauwirtschaft, die durch die Tätigkeit von öffentlichen Bauhöfen und Straßenmeistereien enorme Auftragsausfälle erleidet. So könnte beispielsweise das Bauhauptgewerbe durch den Wegfall von Eigenregiearbeiten zusätzlich 16 Milliarden Umsatz lukrieren.

Insgesamt sind beim Bund 12.000 Personen handwerklich beschäftigt. Rund 20.000 Handwerker stehen bei Ländern und Gemeinden im Einsatz, weitere 20.000 erbringen handwerkliche Eigenleistungen in Bundesbetrieben wie Bahn und Post. Dies verursacht zum Teil horrenden Kosten: Die 11.000 für die Straßenerhaltung eingesetzten Beschäftigten kosten nach Angaben des Bundesinnungsmeisters des Baugewerbes, Sepp Letmaier, 8,25 Milliarden Schilling. Das sind 7 5 1 . 8 0 0 S c h i l l i n g p r o M a n n u n d J a h r .

Für die Ineffizienz der Eigenregiearbeiten sind nach Meinung des Projektleiters mehrere Faktoren ausschlaggebend. Bauhöfe seien nicht gleichmäßig ausgelastet, Anpassungen der Personalstände an die Auftragslage wegen der Quasi-Pragmatisierung der Beschäftigten nicht möglich. Leistungsdruck fehle fast vollständig.

Zudem seien Bund, Länder und Gemeinden über die tatsächlichen Kosten ihrer Eigenregiearbeiten mangels entsprechender Untersuchungen vielfach gar nicht informiert.

Die Freiheitliche Partei tritt schon seit langem dafür ein, daß Arbeiten, die von privaten Unternehmern bzw. Unternehmen durchgeführt werden können,

auch an diese vergeben werden sollen. Die erforderlichen Leistungen könnten auf diese Art und Weise wesentlich billiger erbracht werden. Kosten pro Mann und Jahr für die Straßenerhaltung eingesetzter Beschäfteter betragen 2 bis 3 x soviel wie die Kosten für einen in der privaten Bauwirtschaft Beschäftigten, jedoch zu Lasten der in der Privatwirtschaft Tätigen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher an den Herrn Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten die

A n f r a g e :

1. Ist Ihnen die oben angeführte Studie bekannt?
2. Welche Folgerungen ziehen Sie daraus?
3. Werden Sie dem Vorschlag eines "sanften Überganges" durch die Nichtersetzung von pensionierten Arbeitskräften, durch den der Eigenregiesektor innerhalb von 10 Jahren um rund ein Viertel verringert würde, folgen?
4. Wie setzen sich die Personalkosten der für die Straßenerhaltung eingesetzten Beschäftigten zusammen?
5. Was haben Sie bisher dafür getan, damit die öffentliche Hand sich aus dem Eigenregiebereich zurückzieht?